

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

29.1.1930 (No. 25)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Betankungsfisch für den reaktionellsten Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. Krenz, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 9515

**Wesungspreis:** Monatlich 3,25 RM, einjähr. 32,50 RM, einjähr. 10 RM, Samstag 15 RM. — Anzeigengebühr: 14 RM für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen ermäßigter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostufenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von Gewalt, Streit, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Das Ende des Diktators Primo de Rivera Ein neuer Diktator Berenguer

Der spanische Diktator, Primo de Rivera, hat dem König am Dienstag sein Rücktrittsgesuch überreicht, das angenommen wurde. Der König hat den General Berenguer mit der Bildung einer Regierung beauftragt.

Berenguer, der 1873 geboren ist, gilt als ausgezeichneter Politiker und tüchtiger Vorkämpfer. Nach der Niederlage des Generals Silveira bei Melilla im Jahre 1921 durch die Missetaten, hat Berenguer Marokko gerettet und sein Werk durch die Einnahme von Tetuan gekrönt.

#### Der Sturz Primos

Madrid, 29. Jan. (Tel.) Zum Rücktritt Primo de Riveras schreibt der „Welt Parisien“: General Berenguer ist ein persönlicher Gegner Primos. Seine Wahl ist also bezeichnend. Er genoss das Vertrauen des Königs. Wird König Alfonso unter dem Namen des Generals Berenguer eine stärkere Regierungsgewalt ausüben, oder ist der Wechsel ein Anzeichen für die Rückkehr zur normalen Lage? Das wird man bald erfahren.

„Echo de Paris“ erklärt, die Beurlaubung, die durch den ständigen Sturz der Reseta verursacht wurde, hätte den Diktator bestimmt, das Vertrauen der Vorkämpfer aufs neue anzufordern. Da es ihm nicht gewährt wurde, sei er gegangen. Es wäre zu früh, die Bilanz seiner Tätigkeit zu ziehen. Jedenfalls aber habe er Spanien, wenn er auch das Marokkoproblem nicht endgültig liquidiert hätte, aus einer sehr schwierigen Lage ehrenvoll herausgezogen. Er sei zu einer Verständigung mit Frankreich gelangt. Er habe sich als Freund Frankreichs bewährt. Das habe ihm die Lösung der brennenden Frage gestattet, ohne die französischen und die englischen Interessen anzutasten und ohne die spanische Empfindlichkeit zu verletzen.

Dem „Journal“ wird aus Madrid gemeldet: Das Kabinett Berenguer habe vor allem die Aufgabe, durch eine Übergangsregierung die Rückkehr zu einer verfassungsmäßigen Regierung vorzubereiten, der gewisse ehemalige Politiker angehören würden, die sich geweigert hätten, vom Primo de Rivera ein Portefeuille anzunehmen. Die Regierung habe Anweisung gegeben, daß die Nationalversammlung ihre Arbeiten einzustellen habe. Es werde so- gar mit der völligen Schließung der Nationalversammlung gerechnet.

#### Die Entwicklung der spanischen Diktatur

Die Diktatur Primo de Riveras hat sich, entgegen zahlreichen Voraussagen, länger als 6 Jahre behauptet. Am 13. September 1923 hatte der damalige Generalkapitän von Katalonien, General Primo de Rivera, in einem Manifest der allgemeinen Unzufriedenheit über die Erfolglosigkeit des Marokkfeldzuges und die zerfahrenen innerpolitischen Verhältnisse Ausdruck gegeben, und mit Zustimmung des Königs ein Militärdiktatorium gebildet, das die Volksherrschaft aufhob und die Garantie der Verfassung von 1876 außer Kraft setzte.

Es gelang Primo de Rivera, dem losjünglichen Marokkfeldzug durch Zusammenarbeit mit Frankreich im Jahre 1926 ein Ende zu bereiten. Trotz seiner unbestreitbaren Verdienste um die materielle Entwicklung und die wirtschaftliche Wohlfahrt des Landes, verstand es der Diktator nicht, in der durch die rücksichtslose Pressezensur verärgerten Öffentlichkeit Sympathien zu gewinnen. Auch glückte ihm die Schaffung einer eigenen politischen Organisation, die an die Stelle der alten Parteien treten konnten, nicht in dem erwünschten Maße. Obwohl das Militärdiktatorium im Jahre 1926 in eine zivile Regierung umgewandelt und daneben eine Nationalversammlung mit beratenden Befugnissen geschaffen wurde, wuchs die Opposition, die sich in wiederholten Putschversuchen äußerte. Auch die Armee, auf die sich die Diktatur stützte, verband sich zeitweilig mit liberalen Politikern, wie Sanchez Guerra, im Kampfe gegen Primo de Rivera.

Der hauptsächlich auf politischem Grunde beruhende Sturz der Reseta hat die letzten Monate des Regimes verblüffert und dem Diktator selbst den Entschluß zur Liquidierung seines Unternehmens nahegelegt. Allerdings hatte er gehofft, die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen, insbesondere die Neuwahlen, noch selbst veranstalten zu können.

#### Einschränkung der Konferenzen

**Einigung zwischen Wirtschaftsverbänden und Kommunen**  
Auf Einladung der kommunalen Spitzenverbände, des Deutschen Städtebundes, des Deutschen Landkreistages, des Reichs-Städtebundes, des Verbandes der preussischen Provinzen und des Deutschen Landgemeindetages fand in Berlin im Ständehaus eine Besprechung mit Spitzenverbänden der Wirtschaft statt, unter ihnen dem Deutschen Industrie- und Handelsstag, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, dem Deutschen Gewerkschaftsverband, dem Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels, dem Reichsverband des Deutschen Industrie, der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, dem Reichsverband des deutschen Handwerks, der Vereinigung der Elektrizitätswerke und der wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke.

Die Besprechung befaßte sich mit der aktuellen Frage einer Einschränkung der Konferenzen und führte erfreulicherweise zu einer weitgehenden Übereinstimmung über Häufigkeit, Form und Aufwand der Tagungen. Die genannten Organisationen werden entsprechende Maßnahmen innerhalb ihrer zuständigen Organe und mit ihren Unterverbänden vereinbaren, um so der aus den Zeitverhältnissen heraus gebotenen Sparsamkeit Rechnung zu tragen.

Dank der Sowjetunion und Chinas an Deutschland. Sowohl Russland wie China haben nach Beendigung des russisch-chinesischen Konflikts der deutschen Regierung ihre Dankbarkeit für den Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen ausgesprochen.

### Letzte Nachrichten

#### Die Organisierung der Reparationsbank Die Vorarbeiten in Basel

Basel, 29. Jan. (Tel.) Heute früh trafen, von Paris kommend, die Mitglieder des Sonderausschusses zur Vorbereitung der Niederlassung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich hier ein. Sie werden im Laufe des Tages die Verhandlungen mit den zuständigen kantonalen Stellen wie auch mit dem Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Prof. Bachmann, aufnehmen. Die Delegation besteht aus den Herren von Zesslan, Gouverneur der Belgischen Staatsbank, Siepmann, Vertreter des Gouverneurs der Bank von England, sowie dem Direktionsmitglied der Banque de France, Pierre Duesnay.

#### Ein neues Schacht-Memorandum Vorerst keine Veröffentlichung

M. Berlin, 29. Jan. (Priv.-Tel.) Durch die Presse ging die Nachricht, daß Reichsbankpräsident Schacht ein neues Memorandum fertiggestellt habe. Diese Tatsache selbst ist richtig, und es ist inzwischen bekannt geworden, daß Reichsfinanzminister Molkenhauer Herrn Schacht davon überzeugt hat, daß eine Veröffentlichung sehr bedenkliche Wirkungen mit sich bringen würde. Denn diese Denkschrift enthält eine Schilderung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands, die nicht mit der Auffassung der Reichsregierung übereinstimmt und wesentlich pessimistischer gehalten ist.

Man fürchtet, daß, wenn Herr Schacht auf dieses Memorandum zurückgreifen würde, eine Krise in der Reichsregierung nicht mehr zu vermeiden wäre. Die Sozialdemokraten haben verlangt, daß sie in diesem Falle unter keinen Umständen mehr bereit wären, die jetzige Regierung des Reichsbankstatuts, wie sie von der Reichsregierung vorgeplant wurde, anzunehmen. Die Angelegenheit dürfte vielleicht noch eine sehr erhebliche Rolle spielen.

#### Doch Große Koalition in Preußen Nachgeben der Sozialdemokraten

M. Berlin, 29. Jan. (Priv.-Tel.) Nach den gestrigen und heutigen Besprechungen unter den Regierungsparteien scheint in der Frage der Bildung einer Großen Koalition eine gewisse Wendung zu besten eingetreten zu sein. Wenn nichts Unerwartetes eintritt, glaubt man, daß im Laufe des heutigen Tages die Regierungsbildung im Sinne der Großen Koalition doch zum Abschluß kommen wird.

Der Widerstand der Deutschen Volkspartei und namentlich der Demokraten gegen die Absicht der Sozialdemokraten, den Abgeordneten König (Potsdam), einen ehemaligen katholischen Volksschullehrer, der dann Dissident wurde, zum Kultusminister zu machen, ist erloschener gewesen, namentlich durch Eingreifen des Ministerpräsidenten Braun, der auch in diesem Sinne tätig gewesen ist. Man nennt jetzt als nächsten Kandidaten den evangelischen Vizepräsidenten des Brandenburgischen Schulkollegiums, Grimm, der früher dem Kultusministerium angehört hat. Ungelöst ist noch die Frage, ob ein Minister ohne Portefeuille oder ein Staatssekretär geschaffen werden und der Deutschen Volkspartei angeboten werden sollte.

#### Das Urteil im Dintelscherbener Eisenbahnprozess

W. Augsburg, 29. Jan. (Tel.) Im Dintelscherbener Eisenbahnprozess wurde heute vormittag das Urteil verkündet. Wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und eines Vergehens der Transportgefährdung wurde Reichenteller Müller zu 3 Monaten und Obervermessung Müller zu 5 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von 4 Tagen Untersuchungshaft, verurteilt. Beide Verurteilten wurde bis 1933 Bewährungsfrist eingeräumt. Drei Angeklagte wurden entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts freigesprochen.

#### Ein amerikanisches Urteil über den Haag

N. Y. New York, 29. Jan. (Tel.) Merwin Traylor, der Präsident der First National Bank in Chicago, der als amerikanischer Sachverständiger an der Haager Konferenz teilnahm, traf gestern an Bord des deutschen Schnellpostdampfers „Bremen“ in New York ein und erklärte dem Vertreter des W. B. im Verlaufe einer Unterredung, er sei der Meinung, daß das Ergebnis der zweiten Haager Konferenz jedes der beteiligten Länder zufriedenstellen könne. Die Regelung, die erzielt worden sei, über bereits eine günstige Wirkung auf ganz Europa aus. Der allgemeine Ausblick im Haag sei außerordentlich ermutigend, und die Zusammenarbeit mit den deutschen Delegierten im höchsten Maße befriedigend gewesen. Alle bisherigen Meldungen über die Befehle des Präsidentenpostens und des Verwaltungsrates der Bank für internationalen Zahlungsausgleich beruhten lediglich auf Vermutungen.

### Deutschland und Oesterreich

#### Deutsche Schicksalsgemeinschaft und Handelsverträge

Der österreichische christlich-soziale Abgeordnete Kunschak hat dieser Tage in einer Wiener Versammlung über die Haltung Berlins gegenüber Oesterreich auf dem Gebiet der Zoll- und Handelspolitik geredet. Er führte dazu auch aus: „Wie immer sich der einzelne zum Anschlußgedanken an das Deutsche Reich einstellen mag, ob mit Begeisterung oder mit Vorbehalt, ob zustimmend oder ablehnend, keiner wird je, wenn er echter Oesterreicher oder Deutscher ist, die Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen verneinen wollen. Wir müssen aber leider sagen, daß sich die deutsche Regierung der Schicksalsverbundenheit des ganzen deutschen Volkes nicht bewußt zu sein scheint. Wenn es bei uns in Oesterreich so weit gekommen ist, daß man bestimmte deutsche Grenzorte in Oberösterreich, Salzburg und Tirol nennt und sagt, dort beginne das feindliche Ausland, so ist das eine der schmerzhaftesten Erscheinungen nicht allein für uns vom österreichischen Standpunkte, sondern ebenso vom Standpunkte des Menschen, die an eine Schicksalsverbundenheit des ganzen deutschen Volkes ehrlich glauben.“

Dazu wurde in Berlin durch das W. B. erklärt: Die Behauptung Kunschaks müsse für jeden Eingeweihten unverständlich bleiben. Die Reichsregierung habe bisher schon zahlreiche Beweise dafür gegeben, wie sehr ihr die Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes am Herzen liege, und wie sie dafür trotz der eigenen harten Not Opfer zu bringen wisse. Die deutsche Regierung habe stets den aufrichtigen Wunsch gehabt, die Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich bald zu einem befriedigenden Ende zu führen, die schon für Anfang Januar in Aussicht genommenen Verhandlungen müßten nur infolge der Haager Konferenz für kurze Zeit wieder aufgeschoben werden. Die deutsche und die österreichische Regierung seien in der Zwischenzeit ständig bemüht, wichtige Einzelfragen des Vertrages ihrer Lösung näher zu bringen.

Die Äußerungen Kunschaks und die Gegenerklärung beschäftigen die Wiener Öffentlichkeit aufs lebhafteste. Die in letzter Zeit sozialdemokratischen Kreisen nahesteheende „Wiener Allg. Ztg.“ erkennt zwar an, daß in den Worten Kunschaks ein wahren Kern stecke, doch sei es zu verstehen, sagt das Blatt, daß in der Bedrängnis, in der sich Deutschland befindet, für den Augenblick der wirtschaftliche Egoismus alle anderen Gefühle in den Hintergrund dränge. Man dürfe sich ferner nicht verhehlen, daß auch in Oesterreich nur wenig getan worden sei, um den Anschluß vorzubereiten oder näher zu rücken. Deshalb könne man dem Deutschen Reich nicht mangelndes Nationalbewußtsein vorwerfen. Andererseits dürfe gerade die Not der Deutschen nicht als trennendes, sondern sie müsse als verbindendes Motiv gelten. Das Blatt hat sich an eine Reihe führender Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens gewandt. Die Antworten sind zum größten Teil in dem Sinne ausgefallen, daß solange die tatsächliche Trennung zwischen Deutschland und Oesterreich bestehe, jeder Teil das Recht und die Pflicht habe, seine wirtschaftlichen Interessen nach besten Kräften zu verteidigen. Man könne unmöglich aus der Haltung der deutschen Unterhändler, bei den Handelsvertragsverhandlungen eine anschlussfeindliche Stimmung herauskonstruieren, da ja die Unterhändler durch die Weißbegünstigungsklausel gebunden sind und der österreichischen Wirtschaft keine größeren Konzessionen machen können als anderen Ländern.

Die „Neue Freie Presse“ schreibt in einem Leitartikel, in dem Kunschak ein Verbrechen im Ton zum Vorwurf gemacht wird. „Wir sind der Auffassung, daß keine Empfindungslosigkeit in rein wirtschaftliche Verhältnisse hineingetragen werden sollte. Die Schicksalsverbundenheit des ganzen deutschen Volkes — das ist etwas Ewiges, das ist das Ding an sich unserer Politik, gar nicht in Parallele zu bringen mit dem Feilschen und Ziffern, mit den peinlichen und kleinlichen Streitereien um Positionen eines Zolltarifes. Solche Dingen bedürfen einer Atmosphäre der absoluten Sachlichkeit. So wenig also der Vorstoß Kunschaks allgemein Billigung finden wird, so sehr muß man natürlich in Deutschland begreifen, daß der schleppende Gang der Handelsvertragsverhandlungen Bedauern hervorruft.“

#### Beitritt Großbritanniens zur Fakultativklausel Votabfrage und Schlichtungsgerichtsbarkeit

Das englische Unterhaus hat am Montag nach Ablehnung eines Änderungsantrages Chamberlains, die mit 278 gegen 198 Stimmen erfolgte, die Vorlage über die Ratifizierung des Beitritts Großbritanniens zur Fakultativklausel angenommen. Chamberlain hatte den Vorbehalt gefordert, daß die britische Flotte bei der Durchführung irgendwelcher Mission für den Völkerverbund nur dem britischen Seerecht unterworfen sei.

Bei Schluß der Unterhausdebatte sagte der konservative Mitchell-Thomson, ohne die Votabfrage der Ausgang des Weltkrieges zweifelhaft gewesen, oder auf jeden Fall hinausgezögert worden. Wenn aber künftig Streitigkeiten über diese Frage der Jurisdiktion eines internationalen Gerichtshofes unterworfen werden, in dem die kontinentalen Juristen die Mehrheit haben, dann würde die kontinentale Auffassung vom Votabrecht das Übergewicht haben, mit anderen Worten, es würde unmöglich sein, eine wirksame Votabfrage durchzuführen. Der Generalstaatsanwalt, Sir William Jowitt, der die Debatte namens der Regierung abschloß, erklärte, man könne sich durchaus auf die Weisheit und Gerechtigkeit des Haager Schlichtungshofes verlassen. Hierauf erfolgte die gemeldete Abstimmung.

## Zwei neue Parteien

### Die Spaltung bei den Deutschnationalen — Ein Aufruf des Jungdeutschen Ordens

Die Gruppe der deutschnationalen Abgeordneten, die sich im November vorigen Jahres in Verbindung mit dem Kampf um den Volksentscheid von Hugenberg getrennt hat, macht den Versuch einer organisatorischen Zusammenfassung. Fürs erste bilden von den zwölf Abgeordneten der Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft die acht Abgeordneten, Prof. Dr. Voegsch, von Keudell, Mönne, Lambach, Dr. Lejeune-Jung, von Lindemeyer, Wilbau, Schlang-Schöningen und Treviranus die „**Volkskonservative Vereinigung**“, die Dienstag nachmittag im Reichstag ihre offizielle Gründungsversammlung abgehalten hat. Die übrigen aus der deutschnationalen Fraktion ausgetretenen vier Abgeordneten Behrens, Hartwig, Hülfers und Mumm bilden für sich eine **Christlichsozialer Gruppe**. Die zwölf Mitglieder der Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft haben sich zusammen mit der Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei zur Reichstagsfraktion der „**Christlichnationalen Arbeitsgemeinschaft**“ zusammengeschlossen.

Die **Volkskonservative Vereinigung** erläßt einen Aufruf, in dem es heißt, daß der Kampf um die Freiheit in der Welt die Aufgabe der deutschen Politik sei. Die Führung fehle aber, weil große Parteien, aus Vorkriegsgebilden entstanden, im Bruderkrieg und Parteieinge erstarrt, der Aufgabe unserer Zeit nicht mehr gewachsen seien. Der deutsche Staat solle ein wahrhafter Staat werden. Für ihn arbeiten wir auf der Grundlage des geltenden Verfassungsrechtes, zu dessen Kraftentwicklung in christlich-konservativem Geist wir uns einsetzen.

Ebenfalls erläßt der **Jungdeutsche Orden** einen Aufruf zur Bildung einer „**Volksnationalen Partei**“, die als Ziel proklamiert „**Aufbauarbeit**“ auf dem Boden der gegebenen staatspolitischen Grundlage“. Es wird ferner Forderung des Fraktionsmanges gefordert, so daß „**ehrig und offen**“ im Parlament zu der jeweiligen Vorlage Stellung genommen werden könne und eine Anhebung der Gewissen unmöglich sei. Die Partei soll der deutschen Volksgemeinschaft dienen, sowie gegen Marxismus, Plutokratie, Vergewaltigung und antisoziale Gesinnung kämpfen. Unterzeichnet ist dieser Aufruf von etwa 600 Personen, darunter auch zwei volksparteilichen Abgeordneten, dem Reichstagsabgeordneten Dr. Kunkel und dem preussischen Landtagsabgeordneten Jansen.

## Berlins Kreditgeschäfte

Die 25-Millionen-Anleihe der im Reichsbestitz befindlichen **Elektrowerke AG**, an die Stadt Berlin ist, nachdem die Berliner Elektrizitätswerke, wenn auch nicht ganz ohne Widerstreben, ihre Zustimmung geben haben, perfekt geworden. Der Kredit wird noch vor Ultimo Januar ausbezahlt werden. Damit sind die Kassenschwierigkeiten der Stadt erheblich erleichtert, für den Januar wohl auch behoben. Für Ultimo Februar und März ist mit dem neuen Kredit allein noch nicht hinreichend gefolgt.

Wie der „**Börse**“ hört, steht die Stadt Berlin wegen neuer Geldbeschaffung mit einer führenden Bank in Vorverhandlungen. Es soll sich um einen Betrag von etwa 50 Millionen M. handeln. — Man spricht davon, daß die Gewährung dieser Anleihe von der Erschließung neuer Einnahmequellen und einer ordnungsmäßigen Bilanzierung des Berliner Staats abhängig gemacht werden soll. — Durch die Aufnahme dieser dritten Anleihe werden die Kassenschwierigkeiten der Stadt Berlin vorläufig auf längere Zeit behoben sein. Hätte man die 25 Millionen von der Elektrowerke AG nicht bekommen, so wäre man, dem genannten Blatt zufolge, gezwungen gewesen, Ende Januar den städtischen Beamten und Angestellten nur die Hälfte der Gehälter auszusahlen.

## Erpansion der Braag

Die Preussische Elektrizitäts-AG hat kürzlich auch den Anteil des hessischen Staates an dem **Braunoblen-Schwelekräftwerk Offen-Frankfurt** übernommen, nachdem sie vor einiger Zeit bereits die 50prozentige Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main an diesem Unternehmen angekauft hatte. Die **Preussische Elektrizität AG** ist damit zum alleinigen Aktionär dieses Kraftwerks geworden, und sie hat gleichzeitig auch die bisher dem hessischen Staat gehörigen Braunoblengruben erworben, aus denen das genannte Kraftwerk seine Kohlen bezieht oder beziehen kann. Der Preis ist nicht in bar bezahlt worden, sondern in 4,2 Mill. Reichsmark Aktien der Braag, die auf diese Weise in den Besitz des hessischen Staates gelangt sind. Auf der einen Seite also ist die gesamte oberhessische Stromerzeugung, die bisher von der Hesse-Frankfurter Gesellschaft betrieben wurde, in das Versorgungsgebiet der Braag einbezogen worden. Auf der anderen Seite ist der hessische Staat künftig an der Braag mitbeteiligt und interessiert. Die ganze Vereinbarung bedeutet zweifellos einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung und Nationalisierung der Stromerzeugung.

## Eine Parade vor dem französischen Thronprätendenten?

Das Pariser Blatt „**Populaire**“ fordert den französischen Kriegsminister Maginot auf, sich zu folgendem Vorfalle zu äußern und evtl. entsprechende Maßnahmen zu ergreifen: Im August vorigen Jahres habe das in Mainz liegende französische erste Infanterieregiment vor drei Zivilpersonen exerziert, die niemand anders gewesen seien, als der Graf von Paris, Prinz Johann von Orleans, Prätendent für den französischen Thron, sein Erziehler und Chef des Militärkabinetts des kgl. Hauses, General de Condrecourt, und der damals noch nicht begnadigte royalistische Schriftsteller Léon Daudet. Die Parade habe in Gonsenheim bei Mainz stattgefunden. Nach der Beendigung hätten einige Offiziere und zwei Unteroffiziere gemeinsam mit dem Regimentsobersten und den drei Zivilisten den Gebrauch eines neuen Modells eines Selbstladegewehrs, das geheimgehalten werden sollte, erklärt.

Der Berliner Oberbürgermeister, **Vöb**, will zurücktreten, wenn ihm volle Pension (28 000 M.) gezahlt wird. Als er am 31. Oktober von seiner Amerika-Reise zurückgekehrt war, wurde wegen der Skandalfälle ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet; dieses schwebt auch heute noch. In einem Schreiben an den Magistrat bezieht sich Vöb auf seine **wohlerworbenen Rechte** auf Ruhegehalt, die er um so weniger preisgeben könne, als er nach 35jähriger Tätigkeit im Staats- und Stadtdienst ohne Vermögen und mit geschwächter Gesundheit aus seinem Amte scheide.

Das endgültige Ergebnis des zweiten Volksentscheids ist nunmehr in sämtlichen Stimmkreisen durch die Abstimmungsausschüsse ermittelt. Auch liegen die Meldungen über die Zahl der ausgesetzten Stimmzettel, die zur Feststellung der Zahl der Stimmberechtigten erforderlich ist, aus sämtlichen Stimmkreisen vor. Der Reichswahlleiter hat daher den **Reichswahlprüfungsausschuss** zur Feststellung des endgültigen Gesamtergebnisses im Reich auf Mittwoch, den 29. Januar, berufen. Die Sitzung findet im Dienstgebäude des Statistischen Reichsamtes in Berlin statt.

## Annahme des Zündholzmonopols

### Nächste Woche Youngdebatte im Reichstag

In einer kurzen Sitzung wurde am Dienstag vom Reichstag das **Zündwarenmonopolgesetz** in dritter Lesung mit 240 Stimmen der Regierungsparteien gegen 145 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen. Stimmenthaltung übten auch sechs Mitglieder der demokratischen Fraktion. (Auch der Reichsrat stimmte zu.)

Der Reichstag vertagte sich dann auf Mittwoch, den 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, um dann mit der **großen Aussprache über Haager Konferenz** und Youngplan zu beginnen. Inzwischen werden die Fraktionen des Reichstages und die Ausschüsse des Reichsrates das Ergebnis der Haager Konferenz vorberaten. Am Samstag dieser Woche wird der Reichsrat in einer Plenarsitzung zu diesen Dingen Stellung nehmen.

## Die Lage der Reichsbahn

### Der Generaldirektor mit weiteren Schritten beauftragt

Am Montag und Dienstag hielt der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin eine laufende Tagung ab. Einer amtlichen Mitteilung zufolge, ist die Verkehrsleistung leider **wenig befriedigend**. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres wurden die veranschlagten Betriebseinnahmen nicht erreicht, und auch für den Januar 1930 sei kein günstiges Ergebnis zu erwarten. Die Verhandlungen in Haag geben Aussicht auf eine **Erleichterung der Lage** der Reichsbahn, soweit Anleihen für **werbende Zwecke** in Betracht kommen.

Der Verwaltungsrat ermächtigte die Hauptverwaltung zu entsprechenden Verhandlungen. Da zur Deckung der laufenden Bedürfnisse für Betrieb und Erneuerung Anleihen nicht in Frage kommen, bleiben die Schwierigkeiten in dieser Hinsicht bestehen. Der Verwaltungsrat hat den **Generaldirektor mit weiteren Schritten** bei der Reichsregierung beauftragt.

## Entwurf eines Saatgutgesetzes

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat dem Reichsrat den Entwurf eines Saat- und Pflanzengutgesetzes zugehen lassen, das demnächst den Reichstag beschäftigen soll.

Nach der organisatorischen Neuordnung der „**Sortenprüfung**“, das heißt der laufenden Feststellung des Anbauwertes neuzugähteter Pflanzensorten im vergangenen Jahr, sollen nunmehr durch Reichsgesetz, die zum Teil Jahrzehnte alten gesetzgeberischen Forderungen der Landwirtschaft (Pflanzengärtner und Landwirte) und der Landwirtschaftswissenschaft auf dem Saatgutgebiet erfüllt werden. Der Gesetzesentwurf sieht für die Züchtungen der Originalsaatzgüter einen dem Patentrecht ähnlichen Schutz vor und bringt daneben zugunsten der saatzgutaufbauenden Landwirte Vorschriften für den Saatgutverkehr.

## 50 Jahre Sperrfrist

Der Reichsjustizminister hat, wie die „**Voss. Ztg.**“ meldet, in einer Konferenz mit Vertretern der Akademie der Künste und den Urheberverbänden in Aussicht gestellt, daß die heute 30 Jahre nach dem Tode betragende **Urheber-Sperrfrist** durch Gesetz auf **50 Jahre verlängert** werden soll, jedoch mit der Einschränkung, daß nach dem Ablauf von 25 Jahren nach dem Tode des Verfassers das Werk nachdrucken darf, vorausgesetzt, daß er dem Urheberberechtigten rechtzeitig schriftlich davon Mitteilung macht und ihm eine Lantime von 10 Proz. des Preises von jedem verkauften Exemplar des Werkes bezahlt. Die Vorlage dieses neuen deutschen Gesetzes, das dem englischen Urhebergesetz von 1911 nachgebildet ist, ist allerdings erst im nächsten Jahre zu erwarten.

## Wo die Millionen der Beamtenbank blieben

Der Skandal der Bank für deutsche Beamte hat laut Berliner „**Kölnische Volkszeitung**“ eine sensationelle Wendung genommen. Es ist nämlich gelungen, die  **Herkunft der Gelder**, mit denen die Betrügereien begangen worden sind, völlig aufzuklären. Vor allem aber hat die Polizei neue Anhaltspunkte dafür bekommen, wo das von dem Konsortium **Biehler-Treumann-von Buchwald** erschwindelte Geld der Beamtenbank geblieben ist, eine Feststellung, die namentlich für die geschädigten Kunden der Bank von größtem Interesse sein dürfte. Auf der Kriminalpolizei meldete sich ein Zeuge, der befandete, daß ein großer Teil der Wälder, die durch die Beamtenbank lombardiert worden sind, durch den Kaufmann **Biehler** von der Gattin einer hochgestellten Münchener Persönlichkeit erworben wurden. Von noch größerer Bedeutung ist, was die Kriminalpolizei über den Verbleib der Reisetsummen, mit denen die Wälder lombardiert wurden, in Erfahrung bringen konnte. **Biehler** hat die Gelder in einem von ihm ins Leben gerufenen Verbands, dem **Mitteldeutschen Automobil-Verband**, investiert. Den größten Teil des Bankkredits soll er aber zur Sanierung eines großen Gutes in der Nähe von **Baselwald** benutzt haben.

## Emmy Destinn †

W.A. Braag, 29. Jan. Die bekannte tschechische Sängerin **Emmy Destinn**, die in letzter Zeit kränkelte, ist in der vergangenen Nacht in **Budweis** gestorben. Die Künstlerin hatte sich gestern zu einem Spezialisten begeben, um sich bei ihm röntgen zu lassen, wurde jedoch vom Schlag getroffen.

Emmy Destinn, die mit richtigem Namen **Kittl** hieß, wurde am 27. Februar 1878 als Tochter einer angesehenen Prager Familie geboren. Sie trat bereits als **Junglingsläuferin** am 19. Juni 1898 als **Santuzza** in „**Cavalleria rusticana**“ an der Berliner Hofoper auf, von der sie wegen ihres großen Erfolges sofort engagiert wurde. Dem Verband der Berliner Hofoper gehörte die berühmte Künstlerin zehn Jahre hindurch an; während dieser Zeit gastierte sie auch in Bayreuth, Paris und am Nationaltheater in Prag. In den Jahren 1905 und 1907 trat sie als **Gianni** im Londoner Covent Garden-Theater auf, 1908 wurde sie von der Intendanz des Nationaltheaters in Prag zum ersten Ehrenmitglied dieses Theaters ernannt. Im gleichen Jahre wurde sie nach Amerika engagiert, wo sie eine Reihe von Jahren mit sensationellem Erfolge auftrat.

Ungeahnte Szenen spielten sich am Dienstag vor dem Schöffengericht **Berlin-Neukölln** ab, wo zwei Mitglieder der Berliner Unterwelt, die ein langes Vorstrafenregister haben, über das Gericht herfielen und ihre im Saale anwesenden Freunde aufforderten, sich an den Ausschreitungen zu beteiligen. Der Vorsitzende wurde von einem Angeklagten mit der Faust mehrmals ins Gesicht geschlagen. Die Justizbeamten mußten den Saal räumen, was nur möglich war, indem sie die johlenden Angehörigen der Unterwelt mit dem Gummiknüppel in Schach hielten.

Beim Besprechen der Eisdade des Dorfkirchens in der Nähe der **Ortschaft Dobrow** (Kommern) brach der **Dorfschullehrer** mit seinen Schülern ein. Der Lehrer und drei Schüler im Alter von 8 bis 10 Jahren fielen ertrunken.

In Spanien ist infolge eines **Sabotageaktes** auf der Strecke **Malaga-Linares** ein **Schnellzug** bei **Buente Genil** entgleist. 15 Personen wurden verletzt, davon 8 schwer.

## Badischer Teil

### Die Autohöhenstraße im nördlichen Schwarzwald

Zeit im vergangenen Jahr erstmals durch eine Probefahrt Baden-Baden-Triberg über die zum Ausbau bestimmte **Autohöhenstraße** die Möglichkeit der Durchführung von **Fernkraftposten** über die Höhen des Schwarzwaldes praktisch vor Augen geführt wurde, hat dieses Problem größte Beachtung gefunden. Neben der allgemeinen Bedeutung für den Gesamt-Schwarzwald darf jedoch die große Wichtigkeit für den nördlichen Schwarzwald selbst nicht übersehen werden.

Wenn der nördliche Schwarzwald mit seinem Kammcharakter bisher nicht im gleichen Maße wie der breitgelagerte südliche Schwarzwald durch Autostraßen dem Verkehr erschlossen wurde, so dürfte dies in dem verschledenen Gebirgscharakter begründet sein, der zugleich einer intensiveren Ansiedlung und dem Entstehen geschlossener Gemeinwesen nicht förderlich war. Die am Westrand des nördlichen Schwarzwaldes gelegenen Orte reichen mit ihrem Besitz zwar bis auf die Höhen des Schwarzwaldkammes, ihr Verkehrsinteresse war jedoch naturgemäß zunächst auf die Herstellung von Verbindungen vom eigenen Ort nach den **Autohöhenhöhen** gerichtet. Die ersten Bestrebungen zur Errichtung einer Autohöhenstraße gingen von Baden-Baden aus und bezogen sich allerdings zunächst nur mit der **Autohöhenstraße Baden-Baden-Treudenberg**, ohne die Frage von regulären Kraftwagenlinien durch den ganzen Schwarzwald zu berühren. Letzteres Projekt, das die aus der Vollenbung der Höhenstraße sich ergebende, weitere große Möglichkeit praktisch für den Gesamt-Schwarzwald verwertet, wurde alsdann im Frühjahr 1929 vom **Badischen Verkehrsverband** in Angriff genommen.

Die geplanten **Fernkraftposten** durch den ganzen Schwarzwald werden ihrer Natur nach für den nördlichen Schwarzwald stets Hauptbedeutung besitzen, da sie erstmals eine **Längsverbindung** über die Höhen des ganzen nördlichen Schwarzwaldes ermöglichen und gleichzeitig die vorhandenen Postkraftwagenverbindungen zu einem einheitlichen Netz zusammengegliedert werden. Durch diesen engeren Zusammenhluß der zahlreichen vorhandenen einzelnen Gaststätten ergibt sich, wenn auch nicht vollständig, der Charakter eines geschlossenen Kurgebietes. Wer in der Praxis der Verkehrsverbundung steht, kann das Empfinden nicht loswerden, daß viele Erholungssuchende nicht mehr in dem Umfang wie in der Vorkriegszeit, friedliche, idyllische Plätze zu wochenlangem Aufenthalt bevorzugen, sondern sie möchten mit der reinen, staubfreien, heilkräftigen Höhenluft zugleich mit dem Verkehr und mit benachbarten Erholungsstätten verbunden bleiben. Der Einstellung solcher Erholungssuchenden werden die zu schaffenden **Fernkraftposten** als sogenannte „**Bade- und Kurortlinie**“ entsprechen, die fast alle Höhenkurven des nördlichen Schwarzwaldes an einer Linie vereinen. Es darf aber angenommen werden, daß mit der Vollenbung der Autohöhenstraße auch die schon bestehenden **regulären Postkraftwagenlinien** eine mannigfaltige Erweiterung erfahren werde.

Für den privaten Kraftwagenverkehr wird nicht zuletzt die neue Autostraße eine **Attraktion** ersten Ranges darstellen, bietet sie doch auf eine längere Strecke infolge der Kammgestaltung des Gebirges eines unvergleichlichen Ausblicks in ununterbrochener Höhenlage von etwa 1000 Meter u. d. M., von Baden-Baden ausgehend auf der schon ausgebauten Kurstraße zunächst mit **Waldschnee nach Tien**, später nach dem Westen über **unermessliche Wälder** und die mit **Alpen** getronten **Steilabhänge** hinweg auf das **Rheintal**, den **Alpen** und die **Bogener**. Den **Gesellschaftsundfahrten** mit Kraftwagen ab Baden-Baden und sämtlichen **Bade- und Kurorten** des nördlichen Schwarzwaldes werden eine große Zahl neuer Ausflugsmöglichkeiten erschlossen, wie auch der **Vasienverkehr** von den neu geschaffenen Möglichkeiten der Ausflüge mit der Bahn und Auto eine **Lebung** erfahren wird. Schon sind im Jahre 1930 **Fernfahrten** mit **geschlossenen Gesellschaften** von **Heidelberg** durch den **Schwarzwald bis Büdingen** und **Luzern**, auch in umgekehrter Richtung, über die neue Autostraße vorgesehen. Die **Fernkraftfahrten** und die **Autohöhenstraße**, als einzige dieser Art in Deutschland, werden sich ohne Zweifel als besonders **zugkräftige Merkmale** für den **Schwarzwald** erweisen.

## aus dem Landtag

### Der Haushaltsausschuss

Am Dienstag die Beratung des **Justizetat** fort. **Gesuche** der **Rechtsvollzieher, Justizassistenten** und **Justizsekretäre** zum **Gehaltsstarif** sollen der Regierung zur Kenntnisnahme überwiehen werden. Zum **Kapitel Notariate** und **Grundbuchämter** lag ein **Gesuch** der **Landengemeinden** um **Belastung** des **Notariats** **Tenzen** vor. **Regierungsseitig** wurde erklärt, daß **grundlegende Änderungen** nicht vorgenommen werden sollen, ehe das **Gutachten** der **Sparkommission** vorliegt. In der **Aussprache** trat man für **Beibehaltung** der bisherigen **Grundbuch- und Notariatsordnung** ein.

Beim **Kapitel Fürsorgeerziehung** wurde vom **Berichterstatter** auf das immer größer werdende **Defizit** der **Erziehungsanstalten** hingewiesen. Der **Sprecher** der **Wirtschaftspartei** wies darauf hin, daß die **Aufhebung** des **Züchtungsrechtes** zu den **schlimmsten Erscheinungen** und **sogar zur Gefährdung** der **Aufzucht** geführt habe. — Der **Minister** bemerkte, daß die **Verordnung** des **Justizministeriums** über das **Züchtungsrecht** auf einem **früheren Beschluß** des **Landtages** beruhe. Ein **Zentrumsredner** unterstützte die **Ausführungen** des **Wirtschaftsparteilers**, worauf der **Justizminister** die **Meinung** äußerte, daß einer **geeigneten körperlichen Einwirkung** gegen **renitente Zöglinge** auf Grund der **Hausordnung** nichts entgegenstehe.

Heute, **Mittwoch**, wird sich der **Ausschuss** mit dem **Kapitel Strafanstalten** beschäftigen.

## Die Bekämpfung der Bieneuseuchen

Der **Minister** des **Innern, Wittemann**, hat im **Auftrag** des **Staatsministeriums** einen **Gesetzesentwurf** über die **Bekämpfung** der **Bieneuseuchen** ausgearbeitet, der dem **Landtag** zur **Beratung** und **Entscheidung** zugeleitet worden ist.

Der **Entwurf** des **Gesetzes** enthält 3 **Paragrafen**. In § 1 wird gesagt, daß zu **gewöhnlichen Entschädigungen** für **vernichtete** oder **eingegangene Bienenvölker** aus der **Staatskasse** **geleistet** werden. § 2 bestimmt, daß die **Höhe** der **Entschädigung** und **wie** sie im **einzelnen Falle** zu **ermitteln** und **festzusetzen** ist, auf dem **Verordnungswege** durch den **Innenminister** **getroffen** wird. § 3 enthält die **Bestimmung** des **Zustiftretens** des **Gesetzes**.

In der **Begründung** des **Gesetzesentwurfes** wird ausgeführt, daß eine **Bekämpfung** der **Bieneuseuchen** im **Wege** der **Polizeiverordnung**, wie sie in **einigen anderen Ländern** bereits **Platz** **gegriffen** habe, in **Baden** **bisher** nicht **möglich** gewesen sei, da es an der **rechten** **Grundlage** hierzu **gefehlt** habe. Diese sei **nunmehr** **vorhanden**, nachdem im **Reichsgesetz** vom **15. Juli 1928** **bestimmt** **worden** ist, daß die **Bienen** als **nutzbare Haustiere** im **Sinne** des **Reichsbienenzuchengesetzes** zu **betrachten** sind und mit **Verordnung** des **Reichsinnenministers** vom **16. März 1929** **für** das **Land Baden** **hinichtlich** der **Bieneuseuchen** die **Anzeigepflicht** **eingeführt** worden ist. Eine **wirksame Bekämpfung** der **Seuchen** ist **indessen** **nur** **möglich**, wenn von **der** im **Reichsbienenzuchengesetz** **vorgesehenen** **Mahnahme**

der polizeilichen Anordnung der Vernichtung erkrankter oder verdächtigter Bienenstöcke Gebrauch gemacht und für diese eine angemessene Entschädigung geleistet wird. Im Staatsvoranschlag für die Jahre 1930/31 sind hierfür die erforderlichen Mittel erstmals mit jährlich je 25 000 RM vorgesehen.

### Die Grüne Front Badens in Heidelberg

Die neugebildete badische „Grüne Front“ (Landbund, Bad. Bauernverein und Verein ehemaliger Landwirtschaftsschüler) hatte die Landwirte Unterbadens zu einer Tagung nach Heidelberg zusammengerufen, um die Ziele der neuen landwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft zu beraten. Der Besuch, namentlich seitens der Jungbauern aus dem Kraichgau, der Rheinebene und dem Oberrhein, war sehr reger.

Der Präsident des Badischen Landbundes, Mayer (Großschaffhausen), gab die Ziele der Arbeitsgemeinschaft bekannt: Förderung des Absatzes, Kampf der Landwirtschaft um wirtschaftspolitische Gleichberechtigung der Landwirtschaft, Hebung des Standesbewußtseins des Bauern und Förderung der Ausbildung des bäuerlichen Nachwuchses. In einem Referat behandelte Direktor Dr. Schwörer aus Freiburg die Neugestaltung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Baden. Aus der Vergangenheit lernend, müssen in der Zukunft unter Zurückstellung politischer und konfessioneller Gesichtspunkte die wirtschaftspolitischen Ziele der Landwirtschaft verfolgt werden. Müller (Karlsruhe) vom Landbund sprach sodann über die „Zeit- und Streitfragen der deutschen Landwirtschaft“, die durch die soziale Lage des einzelnen begründet seien. Justizrat Haas (Freiburg) behandelte in einem Referat das „bäuerliche Ehe- und Erbrecht“ und zeigte die verschiedenen Formen der Gütergemeinschaft in Wertbeziehung zu der Landwirtschaft.

In der ausgiebigen Nachmittagsausprache wurde gefordert, daß sich die Genossenschaft mehr als bisher der Absatzvermittlung annehme, die Feldbereinigung vom Staat finanziert und das landwirtschaftliche Zeitungswesen vereinheitlicht werde. In seinem Schlußreferat „Aktuelle Fragen der Landwirtschaft“ stellte Landesökonomierat Saß der Abkajnot der deutschen Landwirtschaft die jährliche Milliardenimporte ausländischer Produkte gegenüber, und forderte, daß auf dem Weg der Selbsthilfe das Problem der Qualität und der Standardisierung gelöst werde. Er regte die Einführung des Gemüses in der Pfalz und die Umstellung des Obenwaldes in Weinwirtschaft an. Das Verkaufsgeschäft müsse reflexlos durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften besorgt werden.

### Selbst Feuer verhüten!

Mit Unterstützung und Förderung der Behörden des Reiches und der Länder veranstalten die in der Arbeits- und Interessengemeinschaft deutscher Feuerwehrgemeinschaften zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Feuerwehren Deutschlands in der Zeit vom 27. April bis 4. Mai 1930 eine Feuerwöchige.

Die Feuerwöchige ist gedacht als eine wirkungsvolle und großartige Aufklärungsaktion, die in allen Bevölkerungsteilen den Gedanken der Feuerverhütung mahnen und jedermann den aus vorbeugendem Feuerwachen sich ergebenden Nutzen vor Augen führen soll. Angesichts der erschreckenden Verluste an Menschenleben und Sachwerten ist die Durchführung dieser Feuerwöchigen aus menschlichen und volkswirtschaftlichen Gründen zwingende Notwendigkeit. Das mit der Vorbereitung und Durchführung der Feuerwöchigen beauftragte Organisationsbüro befindet sich Berlin SW 11, Schöneberger Straße Nr. 20 (Feuerwache Hofenplatz).

### Zum Verbot des „Roten Ländertreffens“ in Mannheim

Der badische Innenminister hatte im vergangenen Jahre, wie erinnerlich, das für den 3. und 4. August für Mannheim in Aussicht genommene „Internationale Rote Ländertreffen“ verboten. Daraufhin wurde der Schriftleiter Heymann von der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ in Mannheim veranlaßt, eine Pressefalsch gegen den Minister in Szene zu setzen, die schließlich damit endete, daß Heymann am 18. Okt. 1929 wegen öffentlicher Beleidigung des Ministers und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Das Reichsgericht verwarf am Dienstag die Revision.

### Aus der Landeshauptstadt

**Vermist.** Seit dem 28. Januar früh wird der Diplomingenieur Wolfgang Heuschmidt, geb. am 28. Nov. 1882 in Pahrreuth, vermist. Heuschmidt war bei der Wasser- und Straßenbaudirektion bedienstet und befand sich zur Zeit auf Urlaub. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß er sich vermutlich aus Schwermut ein Leid angetan hat. Er stand schon über 10 Jahre im Dienste der Wasser- und Straßenbaudirektion und hat stets getreu seine Pflicht erfüllt. Seine Logiswirtin fand auf dem Tische seines Zimmers mehrere Abschiedsbriefe an sie selbst und einige Bekannte. Auch fehlte der Redaktor, den Heuschmidt immer an einer bestimmten Stelle aufbewahrte. Wie man hört, hatte Heuschmidt in letzter Zeit stark unter Gemütsdepressionen zu leiden. Seine Mutter lebt in Wünnen, sein Vater, der Oberregierungsrat Heuschmidt, ist voriges Jahr gestorben.

**Colosseumtheater.** Den vielseitigen Wünschen Rechnung tragend, hat sich die Direktion — wie sie mitteilt — entschlossen, am Donnerstag, den 30., und Freitag, den 31. Januar, abends 8 Uhr Vorstellungen zu veranstalten, und zwar zur Hälfte der üblichen Eintrittspreise für Kinder und Erwachsene. Der erste Teil des Abends wird ausgefüllt durch das grandiose Märchenspiel „Schneewittchen und die 7 Zwerge“ in fabelhafter Ausstattung, ausgeführt von Glauer's Zwergen, den kleinsten Menschen der Welt. Bei diesen Vorstellungen verabschiedet sich gleichzeitig das Glauer-Theater nach überaus erfolgreichem Debut vom hiesigen Publikum. Nach Ende des ersten Teiles ist den Eltern bzw. Kindern, welche an dem nachfolgenden Varietëprogramm kein Interesse haben, Gelegenheit geboten, das Theater zu verlassen. Im zweiten Teil folgt alsdann das große, vollständige Varietëprogramm, worunter besonders Don Marcos dreifache Wägen sowie Veroux' Wunderaffen hervorzuheben sind. Die sonst üblichen, um 8 Uhr stattfindenden Vorstellungen fallen an diesen beiden Tagen aus, worauf besonders aufmerksam gemacht wird. Vorverkauf den ganzen Tag im Zigarrenhaus Mehle, Waldstr. 34.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe.** Die große atlantische Depression rückt gegen das Festland vor und hat ein Zwischenhoch bis nach Westdeutschland vor sich hergeschoben. Kalte Luft strömt an der Vorderseite dieses Hochs über fast ganz Deutschland hin. Bei uns ruft jedoch hoher Druck über den Alpen in der Höhe immer noch Fröhlichkeit hervor und verhindert so Schneefall innerhalb seines Bereichs. Bald wird sich die Südwestströmung auch bei uns voll auswirken, so daß uns für die nächsten Tage wieder mildere Witterung bevorsteht. **Wetterausichten:** Fortdauer des trübten Wetters, zeitweise auch leichter Regen, Temperaturanstieg.

### Gemeinderundschau

**Bürgermeisterwahlen.** In Gauangelloch (Amt Heidelberg) wurde der seitherige Bürgermeister Kämmler, der im ganzen Bezirk in hohem Ansehen steht, wiedergewählt. — In Steinsfurt (Amt Bretten) fand ein harter Wahlkampf sein Ende mit dem 3. Wahlgang. Gemeindeoberhaupt wurde Heinrich Richter mit 433 gegen 377 Stimmen, die auf Johann Lauer fielen. Die Wahlbeteiligung betrug über 93 Proz. — In Meisenheim (Amt Lahr) wurde Ratsschreiber Karl Reith zum Ortsoberrichter gewählt. — In Bickenohl a. R. konnte am Sonntag keiner der drei aufgestellten Kandidaten, unter denen sich auch der bisherige Bürgermeister Koch befand, eine absolute Mehrheit erringen.

**Aus dem Kreisrat Karlsruhe.** Gegen eine Anzahl Gemeinden, welche mit der Entrichtung ihrer Beiträge zur Unterhaltung der Kreisstraßen und Kreiswege im Rückstand sind, wird das Vorkaufsverfahren eingeleitet. Von dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßengesetzes wird Kenntnis genommen. Soweit damit eine weitere Befastigung der Kreise verbunden ist, kann diese ohne Erhöhung der Kreissteuern nur getragen werden, wenn gleichzeitig eine entsprechende Beteiligung der Kreise am Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer oder eine Erhöhung der Staatsabgabe erfolgt. Die beabsichtigte Übernahme einiger Kreisstraßen in den Landstraßenverband bietet für den entstehenden Mehraufwand keinen finanziellen Ausgleich. Der Kreisrat beschließt vorbehaltlich der Zustimmung der Kreisversammlung den Beitritt des Kreises zum badischen Sparkassen- und Grubenverband. Der Kreisbeitrag an die Gemeinde Langenbrücken zum Bau ihrer Wasserleitung wird auf 16 700 M festgesetzt. Für die Einfuhr von 37 Ruchfarrnen erhalten die einführenden Gemeinden Kreisbeiträge im Betrag von 4440 M. In 46 Schulen der Kreislandwirtschaftsschulen werden Schulgeldnachlässe und Stipendien im Betrag von 1350 M und an 44 Studierende des Staatstechnikums Stipendien im Betrag von 3300 M bewilligt.

### Kurze Nachrichten aus Baden

#### Keine Schwarzwaldbreiterschaften am Sonntag

**Dr. Bühl, 29. Jan.** Die unzureichenden Schneeverhältnisse und das Ausbleiben der erhofften Schneefälle haben den Hauptvorstand des Stillus Schwarzwalds veranlaßt, die für den nächsten Samstag und Sonntag (1. und 2. Febr.) vorgesehene Austragung der Schwarzwaldbreiterschaften auf der Hundstee bei Bühl zu verschieben. Als neuer Termin sind der 15. und 16. Februar vorgesehene, da die vorhergehende Woche mit der Austragung der deutschen Meisterschaften in Oberdorf belegt wurde. Der für den 16. Februar vorgesehene Langlauf wird dementsprechend auch verlegt werden, und zwar voraussichtlich auf den 1. März.

**Dr. Mannheim, 28. Jan.** Ein 13jähriger Knabe, der seinen Eltern aus Furcht vor Strafe entlaufen war, unternahm im Rhein einen Selbstmordversuch. Es wurde aber wieder aus dem Wasser geholt und seinen Eltern zugeführt.

**Dr. Nieber-Ramstadt, 29. Jan.** Wegen mangelnder Aufträge ist das hiesige Werk der Oberrheinischen Hartsteinindustrie mit Beginn der Woche stillgelegt worden. Dadurch sind 110 Arbeiter, die zum Teil schon jahrelang in den Steinbrüchen tätig waren, erwerbslos geworden. Bisher hat sich insbesondere das Fehlen von Aufträgen der Reichsbahn und der öffentlichen Hand schädlich ausgewirkt.

**Dr. Aßern, 28. Jan.** Der Neuanbau in Aßern hat sein Gesicht völlig verändert. Es wird eifrig an der Erstellung der Gemächshäuser für die Mutteranlage der Süddeutschen Gärtnereigenossenschaft (Frühgemüsekultur) gearbeitet. Insgesamt sollen elf Gemächshäuser erstellt werden, zwei sind bereits fertig.

**Dr. Freiburg i. Br., 28. Jan.** Vorausgesetzt, daß der Badische Landtag die Mittel dazu bewilligt, und falls eine Einigung mit der Freiburger Universität darüber zu erzielen ist, will das Badische Weinbauinstitut in das Haus des Badischen Bauernvereins, Bismarckstraße, übersiedeln. Die Universität plant jedoch in dem Haus ein Studentenheim einzurichten.

**Hd. Ruchbach bei Willingen, 29. Jan.** Dienstag vormittag geriet das in der Nähe der Gießerei gelegene Schwarzwaldbauhaus des Wannenbauers Kosmas Scherer in Brand. Das alte, mit Schindeln bedeckte Haus, in welchem große Feuer- und Futtermittel untergebracht waren, brannte bis auf den Grund nieder. Die staatliche Gebäudeversicherung beträgt 9000 Reichsmark.

**Hd. Säckingen, 28. Jan.** Nach einem Bericht der Reichsbahnverwaltung Berlin hier, wird im Frühjahr d. J. mit dem Neubau eines Reichsbahngebäudes begonnen. Gleichzeitig wird die Stadt auch eine Erweiterung des Krankenhauses mit dem Wächnerinnenheim in Angriff nehmen. Ob die von der Reichsbahnengesellschaft projektierten Bahnhofsumbauten hier ebenfalls bald verwirklicht werden können, ist noch nicht sicher.

**Dr. Waldshut, 29. Jan.** Die Große Strafkammer des Landgerichts verurteilte unter Aufhebung des schöffengerichtlichen Erkenntnisses den früheren Hauptlehrer in Herrschried, Alexander Baumgärtner aus Karlsruhe, wegen dreier Verbrechen gegen §§ 174 und 176 RStGB, zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten. In zwei Fällen erfolgte Freisprechung. Baumgärtner hatte sich an 5 Schulmädchen vergangen. Zur Verhandlung, die zwei Tage dauerte, waren 84 Zeugen geladen.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	29. Januar	28. Januar		
	Geld	Beit	Geld	Beit
Amsterdam 100 G.	167.98	168.22	167.95	168.29
Kopenhagen 100 Kr.	111.85	112.07	111.81	112.09
Italien . . . 100 L.	21.87	21.91	21.875	21.915
London . . . 1 Pf.	20.337	20.377	20.339	20.379
New York . . . 1 D.	4.1810	4.1890	4.1815	4.1895
Paris . . . 100 Fr.	16.415	16.455	16.415	16.455
Schweiz . . . 100 Fr.	80.76	80.82	80.76	80.82
Wien 100 Schilling	58.86	58.98	58.83	58.95
Brag. . . 100 Kr.	12.367	12.387	12.37	12.39

Die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Reichsbank findet am Samstag, den 15. Februar, in Berlin statt. Auf der Tagesordnung steht neben Vorlegung des Verwaltungsberichts nebst Bilanz und Gewinnberechnung für 1929: Beschlußfassung über Abänderung des Bankgesetzes, Bestätigung der Wiederwahl zweier Mitglieder des Generalrates, Ergänzungswahlen zum Zentralauschuß und Sonstiges.

**Januar-Kaufpreis der Allianz.** Seit der Allianzkonferenz und Stuttgartiger Verein Versicherungs-AG im August die in Schwierigkeiten geratene Frankfurter Allgemeine Versicherungs-AG übernommen hat, ist die Frage nach dem Kaufpreis für den Versicherungsbestand der Janagar eine offene Frage geblieben. Der Kaufpreis, den die Allianz für den Versicherungsbestand der Janagar zu zahlen hat, ist von entscheidender Bedeutung für das, was die Gläubiger der Frankfurter Allgemeinen aus dem Zusammenbruch

herausbekommen. Es ist also verständlich, daß hierüber Schätzungen umfassen, die bis zu 70 Millionen gingen. Der Generaldirektor der Allianz, Schmitt, teilt jedoch jetzt mit, daß der als unparteiischer Sachverständiger berufene Geheimrat Niese (Karlsruhe) einen Kaufpreis von 9,3 Millionen für berechtigt erklärt hat. Daraus ergibt sich für die Allianz, die rund 37 Millionen an Prämien und Schadensrezerven von der Janagar zu erhalten hat, nach Abzug dieser 9,3 Millionen und weiterer 13,5 Millionen, die sie in Form von Außenständen bekommen hat, noch eine Restforderung von 14 Millionen. Die Dinge liegen also nicht so, daß die Gläubiger der Frankfurter Allgemeinen noch etwas von der Allianz herausbekommen, sondern umgekehrt so, daß die Janagar-Masse der Allianz noch 14 Millionen schuldet. Die Allianz ist jedoch bereit, auf 4 Millionen zu verzichten, wenn dadurch der Konkurs der Janagar vermieden werden kann.

**In Zahlungsschwierigkeiten geraten.** Eine der größten pfälzischen Unternehmungen der Wein- und Spirituosenbranche, die Firma M. Weil, Wein- und Spirituosenhandlung, Inh. Hugo und Verhold Weil, O. S. G. in Neustadt a. S., ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten und hat ihre Zahlungen eingestellt.

**Der Schweizerische Außenhandel 1929.** Die Einfuhr der Schweiz betrug im Jahre 1929 2738,8 Millionen Schweizer Franken (+ 39,1 Millionen gegenüber dem Jahre 1928), die Ausfuhr 2104 Millionen (— 30 Mill.). Nach Abzug der an der Handelsbilanz abzurechnenden Goldbarren beläuft sich der Einfuhrüberschuß auf 633 Millionen Schweizer Franken gegenüber 586,4 Millionen im Jahre 1928. Die Exportquote ist von 78,4 Proz. auf 76,8 Proz. zurückgegangen.

**Von der Hafenerweiterung in Straßburg.** Die Verwaltung des Straßburger Hafens wird am 12. Februar den Abbruch sämtlicher am alten Wehrtorhafen gelegenen Gebäulichkeiten, Lagerhallen, Magazine usw. in sechs Losen verticgen. Die Niederlegung dieser Bauwerke soll alsbald in Angriff genommen werden, damit die Hafenerweiterung im dortigen Bezirk bald verwirklicht werden kann.

### Staatsanzeiger

#### Lotterie.

Dem badischen Kriegerbund wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie erteilt.

Karlsruhe, den 28. Januar 1930.

Der Minister des Innern:

J. A. Schwarz.

#### Lebensrettung.

Mechaniker Jakob Jehlein, Lörach, hat in der Nacht vom 17. auf 18. Dezember 1929 den J. Dienhard aus dem Gewerbetanal bei Lörach vom Tode des Ertrinkens gerettet. Dem Genannten spreche ich für diese entschlossene und mutige Tat hiermit die öffentliche Anerkennung aus.

Freiburg i. Br., den 24. Januar 1930.

Der badische Landeskommissar für die Kreise Freiburg, Lörach und Offenburg:

Schwoerer.

### Personeller Teil

#### Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

##### Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

###### Verstet:

Regierungsrat Dr. Herbert Fuchs im Ministerium des Kultus und Unterrichts an das Bezirksamt in Karlsruhe.

Die Verwaltungsinspektoren Karl Koller beim Bezirksamt Donaueschingen an jenes in Überlingen und Verhold v. Briel beim Bezirksamt Überlingen an jenes in Karlsruhe.

###### Planmäßig angestellt:

Maschinenschreiberin Luise Straßer beim Bezirksamt Donaueschingen als Kanzlistin.

###### Entlassen auf Ansuchen:

Regierungsrat Dr. Hermann Klauer beim Bezirksamt Waldshut.

###### Zur Ruhe gesetzt:

Ministerialamtsgehilfe Julius Matzküller in Karlsruhe.

##### Ministerium des Kultus und Unterrichts

###### Ernannt:

Ministerialrechnungsrat Friedrich Wagner im Ministerium des Kultus und Unterrichts zum Verwaltungsdirektor des Badischen Landes theaters, Kanzeisekretär Luise Schmitt am Generallandesarchiv zum technischen Sekretär daselbst.

###### Verstet in gleicher Eigenschaft:

Von der Highteschule Karlsruhe an die Freilichtschule in Karlsruhe: die Professoren: Alfred Wagner, Dr. Anton Striegel und Dr. Elise Bischoffberger, sowie die Zeichenlehrerin Hildegard Scholz.

###### Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:

Ministerialrat Kaspar Herz im Ministerium des Kultus und Unterrichts auf 1. Mai 1930, Studienrat Simon Hut an der Handelsschule Heidelberg auf 1. Mai 1930; Studienrat Otto Wenzmann an der Handelsschule II in Karlsruhe auf 1. Mai 1930; Rektor Ludwig Wirth in Mannheim auf 1. Mai 1930.

##### Justizministerium

###### Zugelassen als Rechtsanwälte:

Rechtsanwalt Wilhelm Ruchmann beim Amtsgericht Bügl und Landgericht Offenburg nach Verzicht auf seine Zulassung beim Amtsgericht Baden und Landgericht Karlsruhe, Rechtsanwalt Dr. Hermann Siebert beim Landgericht Waldshut nach Verzicht auf seine Zulassung beim Amtsgericht Triberg und Landgericht Offenburg, Regierungsrat a. D. Dr. Hermann Kopf beim Landgericht Freiburg, die Rechtsassessoren Philipp Krämer und Dr. Wilhelm Mayer beim Landgericht Mannheim, Dr. Albert Scherer beim Amtsgericht Bühl und Landgericht Offenburg, Karl Pippelius beim Landgericht Karlsruhe und der Kammer für Handelsachen in Pforzheim.

###### Verzichtet:

Rechtsanwalt Franz Simmler in Zell a. S. auf seine Zulassung beim Amtsgericht Gengenbach.

###### Verstet:

Kanzeleffizient Artur Nieg beim Notariat Bruchsal zur Direktion der Strafanstalt daselbst, und Aufseher Albert Zusschmidt beim Landesgefängnis Mannheim zum Bezirksgefängnis Willingen.

###### Zur Ruhe gesetzt:

Justizrat Otto Michaele in Bruchsal.

###### Rechnungshof

In den dauernden Ruhestand tritt kraft Gesetzes infolge Erreichung der Altersgrenze:

Hausmeister Wihl. Rärcher.

###### Ernannt:

Zum Hausmeister: Ministerialamtsgehilfe Karl Blaisch.

###### Gestorben:

Rechtsanwalt Fridolin Schleich in Konstanz.

